

München, 04.07.2019

Nach SPD-Antrag: Grünes Licht für Kopfklinik in Würzburg

Abgeordneter Volkmar Halbleib: Wichtige Nachricht für den Klinikstandort Mainfranken - Projekt zügig realisieren

Grünes Licht für den Neubau der Kopfklinik in Würzburg: Die Staatsregierung hat dem Wissenschafts- und Haushaltsausschuss am 3. Juli die Einigung im Grundstücksstreit zwischen dem Juliussspital und dem Freistaat Bayern mitgeteilt. Damit ist der Weg frei für den Neubau der Kopfklinik, der Frauen- und Mutter-Kind-Klinik sowie der Energiezentrale oberhalb der Zentren für operative und innere Medizin der Unterfranken-Metropole. „Das ist eine ganz wichtige Nachricht für den Klinikstandort Mainfranken und die medizinische Versorgung der Region“, freut sich der unterfränkische Abgeordnete **Volkmar Halbleib**. Demnach gibt es eine Grundsatzeinigung und einen Vertragsentwurf über zehn Hektar Grundstücksfläche.

Die SPD-Fraktion hatte die Staatsregierung mit einem Antrag in die Verantwortung genommen und eine zügige Umsetzung des Bauprojekts eingefordert. „Mit der jetzigen Einigung ist es gelungen, für alle Seiten eine zufriedenstellende Lösung zu finden: für das Uniklinikum und den Verkäufer des Grundstücks, das Juliussspital. Ich freue mich, dass die SPD mit ihrem Engagement dazu beitragen konnte. Einer Erweiterung der Uni-Klinik dürfte jetzt nichts mehr im Wege stehen.“ Im vergangenen Jahr waren die Verhandlungen um einen Grundstückserwerb für das Klinikum ergebnislos verlaufen. Es drohten Baukostensteigerungen und Planungsmehrkosten durch die entstandenen Verzögerungen für das Würzburger Bauprojekt.

Halbleib hält jetzt ein Auge darauf, dass das Klinikprojekt schnell umgesetzt wird. Der von Vertretern der Bauverwaltung genannte Realisierungszeitraum von 20 Jahren ist aus seiner Sicht eindeutig zu lang: „Das kann nicht das letzte Wort gewesen sein. Wir brauchen eine deutlich schnellere Umsetzung der Baumaßnahme“, sagte der Abgeordnete in der Sitzung. Das müsse allein schon deshalb im Interesse des Staatshaushalts sein, weil sonst die Mehrkosten für Zwischensanierungen an den Bestandsgebäuden von Kopf- und Frauenklinik erhebliche Millionen Euro kosten würden. „Je früher die neuen Kliniken stehen, desto kostengünstiger wird es“, gibt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion zu bedenken.